

KOMMENTARE

ZUM ZEITGESCHEHEN

FOLGE 206

MAI 1989



UNSER NEIN ZUR EG

Stichwort: LEBEN: Leben heißt in der EG vor allem Konsum, und viele Waren sind für den Käufer in den EG-Staaten auch billiger als in Österreich. Verursacht wird dies teils durch geringere Steuern (z. B. bei Getränken), teils durch geringere Lohnkosten (südliche EG-Staaten), teils durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen.

Das österreichische Lebensmittelgesetz ist eines der besten in Europa: es regelt Qualität und Reinheit der Nahrungs- und Genußmittel sowie die Verwendung von Farbstoffen und Konservierungsmitteln genau und streng. Aber das Lebensmittelgesetz ist nicht europareif! Wir werden es merken am Bier, an der Wurst und an vielen anderen Produkten.

Das tägliche Leben steht aber auch in engem Zusammenhang mit der Umwelt. Wäre Österreich bereits in der „Europäischen“ Gemeinschaft, dann wäre die Einführung des Katalysators für KFZ nicht möglich gewesen. Die EG drängt schon heute auf die Aufhebung des Nachtfahrverbotes und der Gewichtsbeschränkung für LKW. Die Folgen sind ein erhöhtes Transitaufkommen über die Brenner- und Tauernstrecke sowie über die steirische Gastarbeiterroute. Das bringt noch mehr Staus, Unfalltote, Lärmbelästigung, Luftverschmutzung, Straßenerhaltungskosten, ÖBB-Defizite . . .

Stichwort LANDWIRTSCHAFT: Da in unserer Heimat kleinere Strukturen und schwierigere Produktionsbedingungen herrschen als in vergleichbaren EG-Staaten, ist eine Verarmung der Bauern unausbleiblich. Laut einer, vom Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie verlieren unsere Bauern in der EG pro Jahr 3,9 Milliarden Schilling (= 10%) an Einkommen – trotz billigerer Betriebsmittel!

Der europaweite Konkurrenzdruck zwingt den einzelnen Bauern zu rücksichtsloser Ausbeutung der natürlichen Grundlagen, zur Vernichtung der letzten Flecken Natur, zu hohem Einsatz an Kunstdünger und Pflanzenschutzgiften und nicht zuletzt zur Massentierhaltung, wenn er überleben will.

Rücksicht auf die natürliche Tier- und Pflanzenwelt, auf das Grundwasser und letztlich auf die Gesundheit aller Menschen kann er sich nicht leisten.

Überleben werden ohnedies nur die Großen: bei der Rinderhaltung sind in der EG die Tierbestände durchschnittlich doppelt, bei den Schweinen sogar 2,5 mal so hoch. Die bei uns gültigen Bestandsobergrenzen für Bauern, die einer Industrialisierung in der Tierhaltung vorbeugen sollen, sind in der EG nicht haltbar. Ebenso wenig die Importbeschränkungen bei Gemüse, Geflügel usw. zum Schutz der heimischen Er-

zeuger. In Österreich leben noch über 7% der Bevölkerung von der Land- und Forstwirtschaft, in der BRD nur mehr zirka 2% und in den Niederlanden noch weniger! Ein Bauernsterben steht uns ins Haus.

Stichwort ARBEITSPLATZ: Schafft die EG Arbeitsplätze? Ja, für 1000 oder mehr Bürokraten in Brüssel und Wien!

Bei einem EG-Beitritt gilt das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in Österreich stark einschränkt und ihre Beschäftigung genau regelt, für Bürger von EG-Staaten nicht mehr. Im Gegenteil: das Recht der Freizügigkeit ist in den EWG-Verträgen verankert; das heißt, jeder Bürger eines EG-Landes kann sich überall frei niederlassen, Arbeit suchen, Geschäfte tätigen, Besitz erwerben. Was das heißt, falls auch die Türkei in die „Europäische“ Gemeinschaft aufgenommen wird, ist noch gar nicht abzuschätzen. Eine Folge davon ist aber sicherlich ein Lohnabfall bei allen Nicht-Facharbeitern.

Preisdruck durch niedrigere Lohn- und Lebenshaltungskosten der südlichen Mitgliedsländer, Rationalisierungsdruck, Großbetriebe und Zentralisierungstendenz auf günstige Standorte führen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, insbesondere in abgelegenen Gebieten und zum Zusammenbruch der Infrastruktur.

Stichwort INDUSTRIE: Der EG-Beitritt sichert unserer Industrie den technologischen Anschluß an führende Industrieländer und erleichtert unsere Exporte in den EG-Raum. Aber der Beitritt öffnet auch den österreichischen Markt voll für die EG-Unternehmen. Bei Auftragsvergaben der öffentlichen Hand dürfen heimische Firmen dann nicht mehr bevorzugt werden.

Der Konkurrenzdruck zwingt die Betriebe zur Rationalisierung und fördert die Konzentration auf wenige Standorte und Großbetriebe. Die Klein- und Mittelbetriebe könnten unter die EG-Räder kommen: zu kleine Betriebe, zu geringe Mengen, zu hohe Kosten. Für sie gibt es nur zwei Möglichkeiten: wachsen oder sterben!

Bereits heute befindet sich ein beträchtlicher Teil der österreichischen Wirtschaft (Industrie, Handel, Versicherungen . . .) in ausländischen Händen. Der Beitritt wird einen Ausverkauf Österreichs an die multinationalen Konzerne bringen, die schon heute den „Gemeinsamen“ Markt beherrschen. Auf die Handelsbilanz wird sich der EG-Beitritt nicht unbedingt positiv auswirken. Und der Fremdenverkehr braucht keinen Binnenmarkt.

Stichwort SOUVERÄNITÄT UND NEUTRALITÄT: Da alle EG-Staaten mit einer einzigen Ausnahme (Irland) auch NATO-Staaten sind, stellt sich die Frage, ob wir unsere Neutralität in einem Krisen- oder Kriegsfall in Europa bewahren können bzw. wer diese respektieren wird, wenn Österreich aufgrund seiner wirtschaftlichen Einbindung dem NATO-Block zuzurechnen ist.

Unser Staat würde aber nicht nur die Neutralität, sondern auch seine eigenständige Außenpolitik verlieren und einen bedeutenden Teil der Souveränität an die EG abtreten: Als EG-Mitglied müßte Österreich sich in politischen Fragen Mehrheitsbeschlüssen unterwerfen. Das Recht auf Abschluß von Handels- und Wirtschaftsverträgen würde wesentliche Einschränkungen erfahren. Schließlich wäre Österreich zur Teilnahme an EG-Sanktionen verpflichtet. Der Großteil der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird in Zukunft in Brüssel gemacht – einen österreichischen Weg in Wirtschafts- und Sozialfragen wird es dann nicht mehr geben. Und dazu kommt noch, daß EG-Recht Vorrang vor bestehendem österreichischen Recht hätte!

Die Schweizer wissen, warum sie nicht in die EG wollen, viele Österreicher auch. Aber die österreichischen „Spitzenpolitiker“ wollen uns in die „Europäische“ Gemeinschaft treiben.

Sind sie unfähig zu eigenständiger und eigenverantwortlicher Politik, fürchten sie sich vor dem Bankrott des Systems oder sind sie von den Lobbies gekauft?

Leisten wir gemeinsam mit allen Landsleuten, die guten Willens sind, Widerstand gegen das drohende „EG-Paradies“.

FÜR UNSERE HEIMAT – NEIN ZUR EG!